

# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 6, 2025

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Erste Moschee in Bremervörde feierlich eingeweiht

In feierlichem Rahmen ist in Bremervörde eine Moschee der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüs (IGMG) eröffnet worden. Es ist die erste Moschee in der Region Bremervörde. Sie bietet Platz für 150 Menschen.

Der Vorsitzende des Bremervörder IGMG-Ortsvereins, Mehmet Sützen, sagte, die Moschee sei „nicht nur ein Ort des Gebetes, sondern auch des Miteinanders.“ Die Mitglieder des Vereins, deren Herkunft vielfältig sei, vereine die Vision eines friedlichen Zusammenlebens. Bürgermeister Michael Hannebacher (parteilos) sprach von einem besonderen Tag für Bremervörde. Die Eröffnung der Moschee sei ein Zeichen für die „Vielfalt in unserer Stadt.“ „Uns prägen gemeinsame Werte – Gastfreundschaft und der Wunsch auf ein friedliches Zusammenleben.“ Der Präsident der Islamischen Förderung Bremen, Ekrem Kömürçü, betonte, die Moschee solle ein Ort der Offenheit sein. „Diese Moschee ist ein Haus, das allen Menschen in Bremervörde offensteht – unabhängig von Herkunft und Religion.“ Austausch sei eine Möglichkeit, Vorurteile abzubauen.

Der Verein hatte die Räume im Oktober 2024 erworben und seither umgebaut. Die Anzahl der Teilnehmer am Freitagsgebet liegt nach eigenen Angaben bei etwa 100 Personen ([mehr](#)).

#### 1.2. Hildesheim: Interreligiöser Kreis „Abrahams Runder Tisch“ verleiht ersten „ART-Preis“

Erstmals hat der interreligiöse Arbeitskreis „Abrahams Runder Tisch“ in Hildesheim einen Preis für Jugendliche vergeben, die sich mit den Themen Toleranz, Verständigung und Nächstenliebe auseinandersetzen.

22 Beiträge zum Thema „Menschheitsfamilie“ seien aus den Schuljahrgängen acht bis zehn eingegangen, darunter Podcasts, Lieder, Gedichte, ein Cartoon und Videos, teilten die Veranstalter mit. „Die Zeit ist reif für so einen Preis“, sagte der Sprecher von Abrahams Runder Tisch, Emin Tuncay, bei der Preisverleihung im Roemer-und-Pelizaeus-Museum.

Auf Platz eins landete der Kurs evangelische Religion der 9e des Gymnasiums Mariano-Josephinum mit dem Video „Eine Menschheitsfamilie – eine Mission!“ Die Jury sei beeindruckt von der Qualität, Kreativität und Tiefe der Beiträge, sagte Jury-Mitglied Christoph Schwendy von der Fakultät Gestaltung der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst in Hildesheim. Abrahams Runder Tisch setzt sich seit 30 Jahren für Frieden und Verständigung ein ([mehr](#)).

#### 1.3. Was sonst noch war

– Osnabrück: „Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen“ abgeschlossen; „Lernhaus der Männer“ soll ab September folgen ([mehr](#))

– Verfassungsschutz: Innenministerin Daniela Behrens stellt Bericht für das Jahr 2024 vor; „Rechtsextremismus bleibt größte Gefahr“ ([mehr](#)).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Kiel: Empörung über Ereignisse während einer „Islamwoche“ an der Universität

In die Diskussion um die Vorfälle während einer „Islamwoche“ an der Christian-Albrechts-Universität Kiel (CAU) hat sich Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) eingeschaltet. Die in den Medien geschilderten Vorgänge seien „unerträglich und müssen schnellstmöglich aufgeklärt werden“, forderte er. „Geschlechtertrennung, antisemitische Botschaften und das Verbreiten extremistischer Ideologien haben an unseren Hochschulen keinen Platz, und sie widersprechen fundamental den Werten unseres demokratischen Rechtsstaates“, sagte Günther.

Die „Islamische Hochschulgruppe“ hatte Anfang Mai eine Aktionswoche in der Universität veranstaltet. Dabei sei unter anderem ein salafistischer Redner aufgetreten, und es habe eine nach Geschlechtern getrennte Sitzordnung gegeben. Die Universität sei ein Ort der Meinungsfreiheit, der Wissenschaftsfreiheit und der Gleichberechtigung, sagte der Ministerpräsident. „Wer diese Freiheit nutzt, um Hass und Ausgrenzung zu verbreiten, missbraucht sie“ ([mehr](#)).

Ein ähnlicher Vorgang wurde aus der Berliner Charité bekannt. Auch hier hatte eine islamische Hochschulgruppe offenbar die Geschlechter bei einer Veranstaltung an der Universität getrennt ([mehr](#)). Die Charité erklärte dazu, die Berichte würden geprüft. „Sollte eine solche Veranstaltung stattgefunden haben, würde sie den Werten der Charité diametral entgegenstehen“ ([mehr](#)).

## 2.2. Hamburg: Empörung über Auftritt eines antisemitischen Diyanet-Funktionärs

Im Hamburg ist das „Bündnis Islamischer Gemeinden“ (BIG), das Mitglied der Schura Hamburg ist, in die Kritik geraten. Das Bündnis, das Geld aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums für Islamismusprävention erhält, hatte den bekennenden Hamas-Verehrer Enbiya Yildirim ([mehr](#)) zu zwei Vorträgen eingeladen. Yildirim ist ein ranghohes Mitglied der türkischen Religionsbehörde Diyanet.

BIG erklärte dazu, die Äußerungen Yildirims in den sozialen Medien seien dem Bündnis nicht bekannt gewesen. „Die problematischen Informationen erreichten uns leider erst unmittelbar nach dem bereits stattgefundenen Besuch.“ Man bedauere die Angelegenheit und werde in Zukunft öffentliche Äußerungen kommender Referenten intensiver prüfen ([mehr](#)).

## 2.3. EKD distanziert sich von Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen zu Israel

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich von einer Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) zu Palästina und Israel distanziert.

Der ÖRK hatte bei der Tagung seines Zentralausschuss im südafrikanischen Johannesburg unter anderem „verlangt, dass die Realität der Apartheid beim Namen genannt wird: Wir anerkennen und verurteilen das System der Apartheid, das Israel dem palästinensischen Volk auferlegt und damit das Völkerrecht und das moralische Gewissen verletzt“ ([hier](#)).

Die EKD erklärte dazu, der Begriff „Apartheid“ beschreibe „die komplexe Realität in Israel und den palästinensischen Gebieten nicht in geeigneter Weise“. Der Begriff entstamme „dem spezifischen historischen Kontext des südafrikanischen Systems der gesetzlich verankerten rassistischen Trennung und Unterdrückung.“ Eine Übertragung dieses Begriffs auf die Situation in Israel und den besetzten Gebieten „greift aus unserer Sicht zu kurz und trägt nicht zu einer sachgerechten und verantwortlichen Debatte bei“. Zugleich müssten „Unrecht und Leid durch die fortgesetzte Besatzung des Westjordanlandes und den Krieg in Gaza“ benannt werden ([mehr](#)).

Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des ÖRK, Heinrich Bedford-Strohm, in der ZEIT. Er selbst habe versucht, den Begriff „Apartheid“ zu verhindern, „weil es ein Trigger-Begriff ist, der starke Emotionen weckt und ein sachliches Gespräch eher erschwert“. Das Papier insgesamt trage er aber mit. Es müsse möglich sein, auch „dieses himmelschreiende Unrecht so deutlich anzusprechen, wie es notwendig ist“ ([mehr](#)).

Der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, hatte die EKD zuvor aufgefordert, aus dem ÖRK auszutreten. Die Gleichsetzung der Politik Israels mit Apartheid sei „nicht nur historisch falsch, sondern gefährlich“. Sie gieße „Öl ins Feuer des global anwachsenden Antisemitismus.“ Dem ÖRK mit Sitz in Genf gehören nach eigenen Angaben derzeit weltweit Kirchen in mehr als 120 Ländern an, die rund 580 Millionen Christen vertreten ([mehr](#)).

## 2.4. Islamische Gemeinschaften in Europa verabschieden „Gaza-Deklaration“

Führende islamische Organisationen aus Europa haben ein sofortiges Ende der Gewalt im Gazastreifen gefordert. Unter dem Titel „Gaza-Deklaration“ präsentierten Vertreter von Religionsgemeinschaften aus Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Norwegen, den Niederlanden, Dänemark und Italien ihre Position bei einer Pressekonferenz in Brüssel.

Der Vorsitzende des Islamrats in Deutschland, Burhan Kesici, verlas die deutsche Fassung des Textes im Namen des Koordinationsrat der Muslime. Die Erklärung fordert ein „Ende des Völkermordes“ und einen „sofortigen Waffenstillstand“. Sie prangert an, im Gazastreifen seien über 58.000 Menschen durch israelische Angriffe getötet worden, unter ihnen viele Kinder. Der Zugang zu Wasser und Nahrung sei lebensgefährlich, „Hunger wird gezielt als Kriegswaffe eingesetzt“.

Die Reaktionen europäischer Regierungen seien „weitgehend symbolisch“. „Das wirft Fragen auf: Wie lässt sich das Bekenntnis zu den Menschenrechten mit dieser Zurückhaltung vereinbaren?“ Die Unterzeichnenden betonten, man habe stets „das Töten unschuldiger Menschen verurteilt – egal ob von Israel, der Hamas oder anderen Gruppen“. Frieden sei nur auf Basis von Gerechtigkeit möglich. „Wer Gerechtigkeit fordert, muss sich an das Völkerrecht halten – auch dann, wenn es um enge Partner geht.“

Unterzeichnet wurde die Erklärung vom Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM), dem Französischen Rat für den Islam (CFCM), der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), dem Exekutivorgan der Muslime in Belgien (EMB), dem Islamrat Norwegens (IRN), dem Kontaktorgan der Muslime und der Regierung in den Niederlanden (CMO), der Dänisch-Muslimischen Union (DMU) sowie der Union Islamischer Gemeinschaften und Organisationen Italiens (UCOII). Nach eigenen Angaben vertreten die Gemeinschaften mehr als 15.000 Moscheen ([mehr](#)).

## 2.5. Syrien: Selbstmordattentäter sprengt sich in Kirche in die Luft

Ein Selbstmordattentäter hat Dutzende Menschen in einer griechisch-orthodoxen Kirche in der syrischen Hauptstadt Damaskus getötet oder schwer verletzt. Nach Angaben des syrischen Innenministeriums hat sich der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) zu dem Anschlag bekannt.

Der Vorsitzende der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, Metropolit Augoustinos, forderte einen besseren Schutz der christlichen Minderheiten in Syrien. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, sagte, die Morde sendeten die Botschaft aus, dass die Christen in Syrien an Leib und Leben gefährdet seien. „Und es ist zu befürchten, dass viele dies als Aufruf verstehen, dem Heimatland den Rücken zu kehren.“ Ähnlich äußerte sich der Ökumenische Rat der Kirchen ([mehr](#)).

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) forderte Politik und Medien erneut auf, die neuen Machthaber nicht zu verharmlosen. „Die sunnitischen Milizen, die die Macht in Syrien übernommen haben, unterscheiden sich kaum vom IS. Daher haben diese Milizen auch seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs kein Interesse, den IS zu bekämpfen“, sagte der Nahostreferent der GfbV, Kamal Sido. Bis zum Beginn der Revolte gegen den damaligen Präsidenten Baschar al-Assad im März 2011 sei Syrien nach Ägypten das Land mit der größten christlichen Minderheit im Nahen Osten gewesen. „Dort lebten zwei bis drei Millionen Gläubige.“ Heute werde ihre Zahl auf etwa 300.000 geschätzt ([mehr](#)).

## 2.6. Was sonst noch war

- Hamburg: Schulsenatorin und Religionsgemeinschaften verabschieden Erklärung „Hamburgs Vielfalt fördern und schützen – Hamburg und seine Religionsgemeinschaften zeigen Haltung für ein respektvolles dialogisches Miteinander“ ([mehr](#))
- Berlin: House of One will Kosten des geplanten Baus drastisch senken; „der ganze Besteckkasten, den man sich vorstellen kann, steht jetzt zur Diskussion“ ([mehr](#))
- Bremen: Projektmanagerin Maria Esfandiari zur Präses der evangelischen Kirche gewählt ([mehr](#))
- Srebrenica: Tausende Teilnehmer bei Friedensmarsch zum 30-jährigen Gedenken an den Völkermord in Bosnien ([mehr](#)).

## 3. Video

### Aschure – Was ist das?

Religionen im Gespräch, Basics (15)

Gast: Yilmaz Kahraman, Bund der Alevitischen Jugend in Nordrhein-Westfalen

Moderation: Wolfgang Reinbold, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

## 4. Meinungsforschung

### Neue Umfragen: Säkularisierung schreitet voran

Die Münsteraner Soziologen Detlef Pollack und Gergely Rosta haben eine erneut aktualisierte und erweiterte dritte Auflage ihres Standardwerks „Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich“ vorgelegt. Wichtigstes Ergebnis: „Die zunehmende Säkularisierung, also der Rückgang religiöser Bindungen, betrifft nicht nur die Regionen Westeuropas, in denen diese Tendenzen seit langem beobachtet werden, sondern auch bisherige religiöse Hochburgen wie Polen und die USA sowie Südkorea und Japan. Das gilt auch für muslimisch geprägte Staaten in Nordafrika sowie die Türkei und den Iran.“

„Die Religionssoziologie beobachtet seit Jahrzehnten Rückgänge in der Bindung an Religion und Kirche in Westeuropa und dabei auch in Westdeutschland. Die dramatischen Abbrüche auf dem weltweiten religiösen Feld in den vergangenen Jahren, die wir im Buch aufgrund neuer Daten zeigen, sind allerdings selbst für einen Säkularisierungstheoretiker wie mich überraschend gekommen“, erklärte Detlef Pollack in einer Pressemitteilung der Universität Münster. Die Gültigkeit der Säkularisierungstheorie, nach der der Bedeutungsrückgang von Religion und Kirchen mit Prozessen der Modernisierung im Zusammenhang steht, sei entgegen erneuter Kritik von Theologen nicht zu bestreiten ([mehr](#)).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

St. Claas/R. Zager (Hg.), Anders glauben. Gemeinsam feiern. Praxisbuch für bireligiöse Feiern in Familie und Gemeinde, Neukirchen-Vluyn 2025

Evangelische Kirche im Rheinland (Hg.), Arbeitshilfe zu Gottesdiensten anlässlich christlich-muslimischer Eheschließungen, Düsseldorf 2024 ([hier](#))

D. Pollack/G. Rosta, Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich, 3. Auflage, Frankfurt/New York 2025.

Hannover, den 14.7.2025

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Service Agentur, Interreligiöser Dialog  
Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, wolfgang.reinbold@evlka.de, 0511-1241-972, [www.kirchenagentur.de](http://www.kirchenagentur.de)  
ISSN 2191-6772